

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags um 11 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M. ...

Die achtspaltige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich ...

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Neue Bedingungen der Insurgenten

#### Das Vorgehen der Alliierten

C.E. London, 7. Juni.

Der neue britische Kommissar in Oberschlesien kündigte an, daß eine scharfe Besserung in der Haltung der Insurgenten eingetreten sei. Am Sonntag machten die Führer der Polen der Interalliierten Kommission eine Reihe von Vorschlägen, in denen sie anbieten, ihre Truppen 6-10 Kilometer östlich der jetzt besetzten Linie zurückzuziehen, damit die neutrale Zone errichtet werden könnte, die von den alliierten Truppen besetzt werden sollte.

1. Sofortige Einstellung des deutschen Vorrückens,
2. Zurückziehung der deutschen Truppen,
3. Aufhebung der deutschen Posten,
4. Einsetzung einer lokalen Polizei in der neutralen Zone, die unter der Kontrolle der Alliierten stehen müßte,
5. Das Versprechen der Alliierten, die polnische Bevölkerung unter ihren Schutz zu nehmen.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt ferner mit, daß die Generale Le Rond, de Marini und Harold Stuart die Einsetzung einer aus drei höheren Offizieren bestehenden Kommission beschlossen haben. Diese hätte die Frage der neutralen Zone zu prüfen.

Abgeordneter Wedgwood fragte gestern im Unterhause, ob die Zeitungsberichte wahr seien, denen zufolge die englischen Truppen in Oberschlesien dazu verwendet werden sollten, die Tätigkeit der deutschen Streitkräfte zu verhindern. Chamberlain antwortete: Alle alliierten Truppen in Oberschlesien unterstehen dem Befehl des Generals Grassier, welcher seine Instruktionen von der Interalliierten Kommission erhält. Man muß also annehmen, daß die Aktionen der französischen, englischen und italienischen Truppenabteilungen von der Interalliierten Kommission in Übereinstimmung gebracht werden.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Oberschlesien: General Höfer wurde davon verständigt, daß ein weiteres Vorrücken seiner Truppen das Leben und Eigentum der Deutschen in Oberschlesien gefährden und auch die vollständige Zerstörung der Bergwerke durch die Insurgenten zur Folge haben könnte.

#### Eine englische Note an Frankreich

Paris, 7. Juni.

Wie Bertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, hat die englische Regierung gestern dem französischen Ministerium des Auswärtigen

eine neue Note zugehen lassen. Die englische Regierung hat erklärt, sie werde die letzte französische Note erst beantworten, wenn sie den ersten Bericht ihres neuen Vertreters in Oberschlesien erhalten habe. Hinsichtlich der Haltung der französischen Truppen zu Beginn des polnischen Aufstandes, die die englische Regierung als zu polenfreundlich bezeichnet habe, hält nach Berlin die englische Regierung ihre ersten Behauptungen vollkommen aufrecht.

#### Die deutsche Antwort an die Interalliierte Kommission

C.E. London, 7. Juni.

Der deutsche Botschafter Dr. Schamer überreichte gestern dem englischen Außenministerium eine Note der deutschen Regierung, die auf die Note der Interalliierten Kommission vom 4. 6. an General Hofer Bezug nimmt. Die deutsche Note erklärt, daß die Drohung der Alliierten weder von den Bewohnern Oberschlesiens noch von dem deutschen Volke überhaupt hingenommen werden könnte. Ihre Durchführung ließe die deutsche Bevölkerung ohne Verteidigung und würde sie den polnischen Aufständischen ausliefern, was eine schwere Verletzung des Friedensvertrages bedeuten würde. Die bisherige Haltung der Polen machte es klar, daß die Deutschen nicht ohne Verteidigung gegenüber den polnischen Angriffen bleiben könnten. Die von den Alliierten angeordneten Maßnahmen müßten also einen Bürgerkrieg hervorrufen, dessen Folgen sehr ausgebreiteter Art wären. Der deutschen Regierung sei es unmöglich, die Verteidigungstruppen und die deutsche Bevölkerung den Angriffen der polnischen Banden auszuliefern.

Schließlich erklärt die deutsche Note, die Bevölkerung Oberschlesiens erwarte, daß die Ankunft der englischen Truppen sie von dem polnischen Terror befreien werde. Sollte sie sich in dieser Erwartung getäuscht sehen, so würde die Bevölkerung alle der Verzweiflung begehen, die von schwersten Folgen begleitet wären.

London, 7. Juni.

Die „Times“ meldet aus Dppeln, daß General Hofer in einer Unterredung mit kritischen Offizieren erklärte, er verpflichte sich, nicht vorzurücken, solange die Polen sich nicht rührten. Der „Times“-Berichterstatter sagt, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand — und am wenigsten der Stab der Aufständischen — könnte garantieren, daß sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestche zum größten Teil aus nicht ober-schlesischen Polen. Sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der örtlichen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung machten.

französischen Beziehungen zu England nicht schade, wenn man sich bemühe, die Beziehungen zu Deutschland erträglicher zu gestalten. Der „Temps“ schließt, indem er sagt: Hüten wir uns im Interesse der englisch-französischen Freundschaft vor zu umfangreichen Arrangements und vor zu kurzen Systemen. Den Engländern aber, die Frankreich lieben, sagen wir, daß wir ihnen herzlich dankbar für ihre Sympathie sind und daß wir sie bitten, sich ihrer zu erinnern bei den kommenden Entscheidungen ihrer Regierung, beispielsweise in Oberschlesien und im Orient.

#### Deutsche Mithilfe am Wiederaufbau

Eine Rede Loucheurs

Paris, 7. Juni.

Der Minister für Wiederaufbau, Loucheur, hat gestern eine Rede durch das ehemalige Kampfgebiet gemacht und hierbei auch die Stadt Valenciennes besucht. Er hielt dort eine Rede an die Munizipalverwaltung, in der er u. a. sagte, er kenne die Gefühle der Bevölkerung der Norddepartements hinsichtlich der Beschäftigung der deutschen Arbeiter, es sei eine Torheit, anzunehmen, daß eine Stadt wie Valenciennes 4 bis 5000 Deutsche kommen lassen könne, um die Häuser wieder aufzubauen. Es würde dadurch ein Zusammenwohnen entstehen, das man nicht dulden könne.

Loucheur ging alsdann auf die Frage der Materiallieferungen durch Deutschland ein und erklärte, daß die französischen Industriellen sich stark mit den Lieferungen für die Wiederaufbauzone beschäftigt, sich schlichtlich gegenüber einem Deutschland, das nur auf dem Weltmarkt beschäftigt ist, im Rückstande befinden würden. Er verlange deshalb von den französischen Industriellen, daß sie sich ihren Kunden zuwenden und nicht zu große Vorteile aus den Lieferungen für den Wiederaufbau zu erzielen suchen. Eine Entscheidung für die Zukunft könne nicht getroffen werden, jedoch könne er nicht Verpflichtungen übernehmen, daß er nicht Lieferungen Deutschlands annehme, die für Frankreich eine Erleichterung darstellen könnten.

Zum fünften Kriegsbekuldigtenprozeß. Mittwoch, den 8. Juni, beginnt vor dem Reichsgericht der fünfte Kriegsbekuldigtenprozeß. Die Anklage, die von der belgischen Regierung ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft, Max Remdohr aus Leipzig, wegen angeblicher Erpressung von Geldmännern. Der Angeklagte soll als Agent der Geheimpolizei in Grammont, im Dezember 1917 verhaftete Kinder mißhandelt haben.

#### Glossen zum Brandler-Prozeß

Ein „Mißverständnis“ mit blutigem Ausgang

Der wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festung verurteilte Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Heinrich Brandler, hat vor Gericht endlich Klärung darüber gegeben, welches Ziel sich die sogenannte Märzaktion gesteckt hat. Wir wissen nunmehr, daß der Kampf nicht dem Sturz der Regierung, nicht der Eroberung der politischen Macht und nicht der Diktatur des Proletariats galt. Es war vielmehr ein Kampf um die Durchführung der acht Punkte, die nach dem Niederschlagen des Kapp-Putschs mit der Regierung vereinbart worden waren und von denen die Regierung nicht einen einzigen erfüllt hatte.

Brandler sagte dann weiter, daß den Arbeitern als Kampfmittel um die Erringung dieses Zieles lediglich der Generalstreik empfohlen worden sei. Die Partei „habe nicht zum Kampf mit der Waffe aufgefördert“, sondern „die Bewaffnung des Proletariats sei lediglich das Ziel des Kampfes“ gewesen. Im übrigen verwerfe die Partei den individuellen Terror und sie halte auch die ganzen Dynamitattentate für „blöden Unsinn“. Schließlich erklärten wir aus dem Munde Brandlers noch, daß die Kommunisten die Macht erst dann erobern werden, wenn sie „die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter sich haben“, und daß die Diktatur des Proletariats auch durchführbar sei ohne Gewaltanwendung sogar „bei bestehen der deutscher Verfassung“ und „ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechtes“.

Brandlers Erklärung fällt doppelt schwer ins Gewicht. Denn es handelt sich hier nicht um die Auslassungen irgendeines beliebigen Kommunisten, sondern Brandler ist neben Stöcker der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, und seine Wahl erfolgte vor allem deshalb, weil er ein unbedingter Anhänger der Taktik der dritten Internationale und ihrer Grundsätze ohne jede Einschränkung ist. Er ist vor allem deshalb für das hohe Amt eines Parteivorstehenden bestimmt worden, weil er frei ist von jenem „Opportunismus“, wie er von Levi, Däumig, Clara Zetkin und anderen vertreten wurde. Was Brandler sagte, ist nun aber durchaus nichts Neues. Er vertritt im wesentlichen die Grundgedanken der U. S. P. D., die sie während ihres mehr als zweijährigen Kampfes gegen die Kommunisten immer wieder in die Wagschale geworfen hat. Seine Ausführungen stehen auch im völligen Gegensatz zu den Anschauungen, die von der „Roten Fahne“ vertreten werden, und zu den Kampfmitteln, die das kommunistische Zentralorgan den Arbeitern besonders bei der Märzaktion empfohlen hat.

Denn im Gegensatz zu Brandlers Ausführungen forderte in den Märztagen die „Rote Fahne“ wiederholt zur Bewaffnung des Proletariats auf. So schrieb sie am 18. März: „Ein jeder Arbeiter sei auf das Geheiß und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet“. Am 19. März verlangte sie, daß die Arbeiter den Orgeschwänden in ihrer klaren Sprache antworten müßten; am 20. stellte sie die Forderung auf, daß „die Waffen in die Hand der Arbeiter“ gehören, und am 21. formulierte sie ihre Parolen so: „Nur das Proletariat kann die schändlichen Absichten der Orgeschwänden zunichte machen. Es kann dies nur tun, wenn es sich einig zusammenfaßt und zur Aktion“, wenn es den sozialverräterischen Schwärmern den Laufpaß gibt und die Gegenrevolution schlägt, wie sie allein geschlagen werden kann: mit der Waffe in der Hand.“

Brandler konnte nun zwar mit Recht hervorheben, daß sowohl die Redaktion der „Roten Fahne“ wie die Parteileitung während der Märzaktion zu einer illegalen Taktik verdammt waren. Es sei der Parteileitung deshalb nicht möglich gewesen, auf die Redaktion der „Roten Fahne“ einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Er konnte aber mit Genugtuung hervorheben, daß es trotz der Aufrufe der „Roten Fahne“ in ihrem ganzen Verbreitungsgebiet „nirgends zu bewaffneten Aufständen gekommen“ sei. Allerdings ist das nicht das Verdienst der „R. F.“, sondern das der Besonnenheit der Arbeiterklasse, und wir erfahren jetzt aus dem Munde des Vorsitzenden der U. S. P. D., welcher großes Verdienst wir uns erworben haben, als wir dem verantwortungslosen und irrsinnigen Geschrei jenes Zentralorgans entgegenritten. Die „R. F.“ nannte uns deshalb „Mißwoll“, der Brandler rühmt in Mißbilligung vor Gericht unsere Taktik!

Der bewaffnete Aufstand, der sich in Befolgung der kommunistischen Parolen entspann, erscheint vor der Geschichte nunmehr als ein großes Mißverständnis. Auch die, glücklicherweise nicht allzu zahlreichen, Berliner Arbeiter, die die „Rote Fahne“ in der Hauptsache lesen, sahen die Parolen nicht wörtlich auf. Sie kennen ihre Schreibweise und nehmen sie nicht allzu ernst. Da aber das übrige Proletariat nicht so gut geschult ist, nahm es, vor allem in Mitteldeutschland, die Parolen wörtlich, und so entspannen sich jene blutigen Kämpfe, der Belagerungszustand wurde verhängt, Ausnahmegerichte wurden eingesetzt, und all die kommunistischen Arbeiter, die die Parolen ihrer Partei und ihrer Presse ohne theoretische Erläuterung nicht verstehen konnten, schmachteten nun als Folge ihrer Käuflichkeit zu Tausenden in den Gefängnissen und Justizhäusern. Es ergibt sich somit für die kommunistischen Arbeiter die Lehre, keine einzige kommunistische Parole wörtlich aufzu-

#### England und Frankreich

London, 7. Juni.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem „Die Entente“ überschriebenen Artikel, die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates sei noch nicht festgesetzt worden, und dabei häuften sich die Fragen an, mit denen sich der Rat beschäftigen müsse. Oberschlesien bleibe das Hauptproblem; die Verschleppung in der Verhandlung dieser Frage ziele ernte und nicht notwendige Geschehen nach sich. Außerdem jedoch seien vorhanden das Problem des neuen Ostens, das Problem der Aburteilung der Kriegsbekuldigten, über das nach „Traudie der Gerechtigkeit“ in Leipzig zumindest gesagt werden müsse, daß es keine weitere Erörterung erfordere, und schließlich müßten noch eine oder zwei Reparationsfragen von dem Obersten Rate erörtert werden.

„Daily Chronicle“ erklärt, ein endgültiges interalliiertes Abkommen und eine gleiche Politik in Oberschlesien durch Frankreich und England, seien für den europäischen Frieden unentbehrlich. Der Grundgedanke der beiden Länder, sich freie Hand zu bewahren, soweit das unter den Friedensverträgen möglich sei, und alle paar Wochen Konferenzen des Obersten Rates abzuhalten, führe in der Praxis zu Unzulänglichkeiten. Man brauche nur die Reden lesen, die während der letzten Debatte in der französischen Kammer gehalten wurden, um sich zu vergegenwärtigen, daß ein Fortschreiten auf dieser Grundlage den Tod der Entente bedeuten würde.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die britische und die französische Politik seien heute radikal voneinander verschieden. Es sei zwecklos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel haben, wenn es doch nicht der Fall sei. Auch der „Temps“ bespricht die Frage einer französisch-englischen Allianz. Er sagt, seit dem Waffenstillstand seien die französischen Beziehungen zu England niemals mißlicher gewesen als in dem Augenblicke, in dem sie mit Deutschland gespannt gewesen seien. Als die französischen Truppen in Frankfurt eingezogen seien, habe der Vertreter der englischen Regierung in Paris den Botschafter verlassen; als Briand Deutschland drohte, die Hand an seinen Hals zu legen, habe Lloyd George, der Meinung seiner Mitbürger gemäß, nichts vernachlässigt, um Frankreich zu verhindern, das Ruhegebiet zu behaupten. Seit einigen Wochen habe Deutschland eine Regierung, die die Absicht kundgibt, in korrekten Beziehungen zu Frankreich zu leben; und trotzdem spreche man von einer französisch-englischen Allianz. Diese Tatsachen zeigten, daß man den



lassen. Die „Waffe in die Hand der Arbeiter“, das heißt nicht, die Waffe auch anzuwenden, sondern sie behalten zum Spazierentragen oder zum Spielen. Es ist dessenungeachtet tief bedauerlich, daß die kommunistische Parteileitung dort, wo der Kampf mit der Waffe entbrannt war, nicht sofort ihre Boten hinschickte, um den Arbeitern jene Erläuterungen zu geben, die zum Verständnis der kommunistischen Parolen notwendig sind. In Mitteldeutschland, wo mit Maschinen- gewehren, Dynamit und Handgranaten gearbeitet wurde, blieben die Arbeiter ihrem Schicksal überlassen. Der Kampf tobte sich aus, bis der letzte kämpfende Proletarier dem weißen Schrecken zum Opfer gefallen war. Obwohl nun der kommunistischen Parteileitung zugestanden werden kann, daß sie infolge ihres illegalen Daseins nicht nach Mitteldeutschland reisen konnte — an der Zugverbindung lag es nicht —, so fällt zum mindesten den mitteldeutschen Führern der B. K. P. D. der schwere Vorwurf zur Last, daß sie, dicht neben dem Kampfgebiet stehend, den Arbeitern nicht die entsprechenden Weisungen gaben. Leitende Personen hielten sich während der ganzen Kämpfe im Etappen-Hauptquartier Halle auf. Sie wußten, daß Hötz im Mansfeldischen sein Unwesen trieb, daß dort zwei bekannte kommunistische Parteisekretäre die Arbeiter nicht zum Kampf um die Durchführung der 8 Punkte aufgerufen hatten, sondern daß sie allenthalben die Diktatur des Proletariats proklamierten, bluttränigste Kufurser erleichen und den bewaffneten Aufstand proklamierten, den die Zentrale nicht wünschte, weil die Bewaffnung des Proletariats nicht das Mittel, sondern der Zweck des Aufstandes war.

Es ergibt sich somit die Feststellung, daß die B. K. P. D. ein höchst überflüssiges Gewächs innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eigene, selbständige Grundsätze hat die Partei nicht. Was Brandler als das theoretische Fundament der Partei bezeichnete, entstammt dem Gedankenschatz der U. S. P. D. Es bliebe somit noch die kommunistische Taktik übrig, die allerdings nicht die Taktik der U. S. P. D. ist. Aber auch von ihr können die deutschen Arbeiter keine Besserung ihrer Lage erwarten, um so mehr, als diese Taktik nur dann richtig zur Anwendung gebracht werden kann, wenn die Arbeiter vorher ein Handbuch zur Erläuterung der kommunistischen Parolen gelesen haben, welches bisher noch nicht geschrieben ist.

Und noch eins: Die Ansichten, die Brandler vor Gericht vertrat, sind dieselben, die Levi gegen die Zentrale in seiner Broschüre vertritt, wenn Levi auch nicht die Vereinbarkeit von proletarischer Diktatur und der Weimarer Reichsverfassung behauptet hat. Levi wird als opportunistischer Verräter gebrandmarkt, Brandler als Märtyrer gefeiert. Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur!

### Das Programm des neuen preußischen Landwirtschaftsministers

**Vermehrte Siedlung — Hebung der landwirtschaftlichen Produktion**

In der weiteren Aussprache über den preußischen Haushalt ergriff heute der Landwirtschaftsminister Dr. Warnold das Wort, um dem Haus seine Pläne über das, was er in nächster Zukunft auf landwirtschaftlichem Gebiet zu unternehmen gedenkt, mitzuteilen. Er hob besonders zwei Gesichtspunkte hervor:

1. Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Besiedlung des vorhandenen, Gewinnung und Besiedlung neuen Kulturlandes.
2. Schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der schon vorhandenen und der neu zu schaffenden Nährfläche mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren.

Zu dem ersten Punkte hob der Landwirtschaftsminister das stetige Sinken der Landbevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hervor und bezeichnete als wirksamstes Mittel die Vermehrung der bäuerlichen Landeigentümer. Während vor dem Kriege in Preußen etwa 1200—1400 neue Stellen jährlich geschaffen wurden, dürfe damit gerechnet werden, daß schon im laufenden Jahre

etwa 4000 neue Stellen gegründet sein werden. Zur Durchführung sei eine namhafte Erhöhung der staatlichen Einlagen bei den gemeinnützigen Siede-

### Naturschutzpark Sylt

Der Dürerbund hat an die Preussische Staatsregierung eine begründete Eingabe gerichtet, die die Erklärung von Nordylt zwischen Kampen und List, womöglich aber auch von Nordhummeliff, Hörnum und sonst hervorragenden Stellen auf den nordfriesischen Inseln und den Halligen, zu Naturschutzgebieten erbittet. In dieser Eingabe heißt es: „Für jeden Kenner unserer Küsten und im besonderen der nordfriesischen Inseln braucht es keiner Worte darüber, daß der einlame Norden der Insel Sylt ein Naturschönheit von einzigster Art ist, denn noch heute ist dieses Beisammen von Dünen, Ammochgrün, Meer und Himmel wie eben aufgetaucht aus dem Meere, herrlich wie am ersten Tag“, von großartiger Form und reinsten Farbe, und dabei in seiner Fernheit vom Babeln auch noch in Fauna und Flora fast ursprünglich. Gerichten, die umgeben, man wolle diese größte Schönheit der deutschen Nordseeküste zu einem Truppenübungsplatz oder ähnlichem gebrauchen, legen wir kein Gewicht bei. Es kann sich bei solchen Vorschlägen in unserer jetzigen Lage nur um Trugschlüsse oder um Vordwänge handeln. Was die Verjüngung und Beschränkung von Erholungsstätten insbesondere unserer Jugend betrifft, so könnte für solche gefordert werden, auch wenn der Charakter als Naturschutzgebiet durchaus gewahrt würde, ja, dann erst recht. Große Gefahren aber drohen der Landschaft ungewissheit durch die Spekulation, die schon vor dem Kriege damit umging, aus Kampen oder List ein sogenanntes „Weltbad“ zu machen. Bei dem besonderen Charakter der weltlichen, unbedauten, sogenannten „öden“ Landschaft dort liegt es so, daß schon ein einziger Bau an ausschauerlicher und also auch weißlich schillernder Stelle, auf der Heide oder gar auf einer Düne, und wäre es auch an sich der künstlerisch beste Bau, das Landschaftsbild „gröblich verunstalten“ möchte. Er müßte den wesentlichsten Eindruck, den der freien Weite, aufheben. Daneben aber auch den der Größe, denn dieser Eindruck wird hier, wo nach einem alten Wort „der Feldstein als ein Maß“ wirkt, sehr wesentlich durch den Mangel eines vertikalen Maßstabes fürs Auge mitbestimmt. Jedes Haus dort, das nicht an ganz versterbter Stelle liegt, würde die Landschaft so bestimmi für das Auge verkleinern und schädigen, wie ein Hügelgräber den Eindruck der Monumentalität sofort verliert, wenn ein Mensch auf ihm steht. Es erscheint uns deshalb unerlässlich, daß mindestens nördlich und östlich der Gemeinde Kampen überhaupt nicht mehr gebaut werden darf.

Auch sonst sind auf der Insel Sylt, auf den nordfriesischen Inseln und den Halligen hohe landschaftliche Werte zu schätzen. Wir erinnern an das Nordhummeliff, und die gleichfalls einzigartige Hügelgräbergruppe auf der Nordhummeliff, denen man die Einsamkeit sichern sollte, und an die schönsten Stellen auf der

Langgesellschaften, sowie eine beträchtliche Vermehrung der staatlichen Mittel für die Gewährung von Zwischenkrediten ein unbedingtes Erfordernis. Eine Gesetzesvorlage, die diesen Bedürfnissen Rechnung trägt, werde in kurzem vorgelegt werden. Ebenso soll zur Vermeidung von Hemmungen eine Abänderung des An siedelungs-gesetzes von 1904 angestrebt werden. Besondere Aufmerksamkeit soll der Errichtung neuer und der Verbesserung bestehender Arbeiterwohnungen auf dem Lande zugewendet werden. Die in die Wege geleitete Verbindung der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit der Kultur von Mooren und Oedlandereien, sowie der Landgewinnungsarbeiten an der Küste werde fortzuführen sein. Es soll ein besonderer Kredit zur Förderung von Bodenverbesserungen bereitgestellt werden.

Zum zweiten Punkt, der schnellen Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, erklärte der Minister als besonders wichtig die Schaffung der erhöhten Sicherheit auf dem Lande. Als nicht minder wichtig bezeichnet er

#### die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens

und die Förderung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens, sowie den Ausbau des Schlichtungswesens. Dem Mangel an Betriebskapital in der Landwirtschaft solle durch Gewährung eines größeren Realkredits abgeholfen werden. Die Erzeugung von gebundenem Staatsstoff müsse in vollem Umfange zur Hebung der Ernte gefördert werden.

Der Minister verbreitete sich noch ausführlich über die sachlichen Schulen der Landwirte. Die sogenannten Seminare der Landwirte bedürften der Vermehrung. Von gleicher Bedeutung sei der umfassende Gedanke des Beratungswesens. Alle Maßnahmen müssen jedoch, soweit es sich um staatliche Unterstüßungen handele, nur in dem Rahmen durchgeführt werden können, den die ungünstige Finanzlage des Staates zulasse.

### Keine Wiedergutmachungsgewinnler!

Der Wiederaufbauminister Rathenau hat bei seiner Antrittsrede erklärt, daß zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern nicht auch noch Wiedergutmachungsgewinnler treten dürften. Die Ausführungen des Ministers werden etwas zweifelhaft aufgenommen werden, zumal ja bekannt ist, daß es den Kapitalisten auch in der Republik sehr gut möglich war, ganz erhebliche Gewinne einzustreichen. Will der Minister Rathenau seinen Worten die Tat folgen lassen, dann muß er sofort mit dem Abbau der Gewinne beginnen, die die Unternehmer bei der Ablieferung an die Entente einfallend haben.

Der Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurde kürzlich verhindert, an der Tagung der „Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaft Bayerischer Viehhändler“ teilzunehmen. Daran knüpfte die Redaktion die Bemerkung, daß auf dieser Tagung Dinge verhandelt werden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Sie wollte erfahren haben, daß es sich um die Aufteilung des Reingewinnes von 16 Millionen Mark handele und knüpfte daran die Bemerkung, daß vermutlich diese ungeheure Summe noch aus der vergangenen Zwangswirtschaft stamme. Die Lieferungs-genossenschaft Bayerischer Viehhändler schickte darauf der Presse eine Verächtigung zu, in der sie die ausgeführte Behauptung bestritt. In der Verächtigung heißt es unter Ziffer 11: „Das Reich hat der Genossenschaft, welche für Bayern die gesamten Unkosten der Ausbringung der Ententeviehlieferungen, einschließlich des damit verbundenen Risikos, zu tragen hatte, genau so wie jeder anderen mit der Viehaufbringung betrauten Körperschaft im ganzen Deutschen Reich eine Provision von 12 Prozent bezahlt.“ Die Gewinne der Bayerischen Viehhändler rühren also von dieser 12prozentigen Abgabe her.

Man muß es den Viehhändlern lassen, daß sie es verstehen, in außerordentlich geschickter Weise die Notlage des Deutschen Reiches auszunutzen und für sich Riesengewinne dabei herauszuholen. Nach dem Jahresbericht der Bayerischen Lieferungs-genossenschaft sind im Jahre 1920 22 778 Tiere im Werte von 170 Millionen Mark an die Entente zur Ablieferung gelangt. Der Verdienst, den die Lieferungs-Genossenschaft Bayerischer Viehhändler daraus gezogen hat, beträgt 20 400 000 M. Das einzelne Stück Vieh repräsentierte einen Wert von 7464 M., dafür muß das Reich rund 895 M. Spesen für den Transport und die Ablieferung bezahlen. Das sind so ungeheure Summen, die selbst in der Zeit der Zwangswirtschaft, wo die beschäftigten Viehhandelsverträge das Monopol der Viehaufbringung hatten, nicht erreicht wurden. Es scheint uns an der Zeit, daß der Wiederaufbauminister die Verträge, die mit den

Unternehmern zur Ablieferung von Sachen und Gütern an die Entente abgeschlossen sind, einer Revision unterzieht, ob die übermäßig hohen Unkosten, die dabei einfallend wurden, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Wir sind gleich dem Wiederaufbauminister der Ansicht, daß aus der Ablieferungspflicht, wie aus der Erfüllung des Friedensvertrages das Unternehmertum nicht eine neue Gelegenheit macht, um Riesenprofite einzuladen.

### Die Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes

**Verstärkte Neigung zur Kapitalflucht**

Die Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der eine Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes enthält. In der Begründung heißt es:

„Gerade die kurze Befristung des Kapitalfluchtgesetzes hat infolgedessen schon keine Wirkung beeinträchtigt, als viele Steuerpflichtige im Vertrauen auf die im § 18 des Gesetzes ausgesprochene baldige Aufhebung Vermögenswerte verheimlicht haben, um sie später in das Ausland zu schaffen. Erfahrungsgemäß haben zahlreiche Besitzer inländischer Wertpapiere auf die Abhebung der Zinsen vorläufig verzichtet, um der durch die Verordnung vom 24. Oktober 1919 bewirkten steuerlichen Kontrolle zu entgehen. Dazu kommt, daß insbesondere die Besorgnis vor einer weiteren Verschlechterung der deutschen Valuta und vor Zwangsmassnahmen der Entente gegen deutsche Kapitalisten die Neigung zur Kapitalflucht verstärkt hat. Wollte man daher schon jetzt das Kapitalfluchtgesetz, an dessen Vorschriften die Banken und das Publikum sich inzwischen gewöhnt haben, außer Kraft setzen, so würde dies im Erfolgsfall weitgehenden Anreiz auf Steuerhinterziehungen gleichkommen, die auf dem Verschweigen beweglicher Vermögenswerte beruhen.“

Natürlich sind die Kapitalfluchter gerade deswegen eifrig am Werke, die Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes zu verhindern. Doch dürfte ihnen das kaum gelingen.

### Französischer Protest gegen das englisch-russische Handelsabkommen

**London, 7. Juni.**

„Daily Telegraph“ erzählt, daß am 26. 5. das französische Ministerium des Aeußeren der britischen Botschaft in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Rußland überreicht hat. Die Note enthält einen energischen Protest gegen die in Artikel 9 des britischen Handelsabkommens mit Rußland niedergelegten Grundzüge und gegen die durch die Entscheidung des britischen Appellationsgerichts geschaffene Lage. Briand legt dar, daß Artikel 9 des Abkommens dahin ausgelegt werden könne, daß er den Volkswirten gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung anerkannt werden könnten. Briand erklärt, dadurch würden die Franzosen ihres Eigentums, das von den Volkswirten für beschlagnahmt erklärt wurde, verlustig gehen. Die französische Regierung begreife vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Diese könne jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Geheißgebung für nichtig erklärt werde. Daher halte es die französische Regierung in voller Übereinstimmung mit der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für notwendig, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die in Artikel 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen, und daß es sich die Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

Die Kohlenlieferungen an die Entente. Das Geschenk, das wir der Entente dadurch machen, daß wir den Inlandspreis künstlich niedrig halten, beträgt natürlich nicht über 400 Millionen Papiermark, weil es infolge eines Druckfehlers in dem Leitartikel heute morgen heißt, sondern 400 Millionen Goldmark. Der Preis rheinischer Kohle beträgt gegenwärtig durchschnittlich etwa 250 Mark pro Tonne, der Weltmarktpreis fast das Doppelte, und wir sind zur Lieferung von 24 Millionen Tonnen durch den Friedensvertrag verpflichtet.

Halsinsel Hörnum. Am besten schiene es uns, wenn die ganze Insel außerhalb der alten Orte und der jetzt schon bestehenden Seebäder dem Spekulationsgeist und dem Mißbrauch für Zwecke, denen man an hundert andern Orten ebenso gut nachkommen kann, im Interesse der Allgemeinheit entzogen würde. Alle solche Pläne werden übrigens dadurch wesentlich erleichtert, daß auf diesen Dünen und Heidegebieten nur außerordentlich geringe wirtschaftliche Werte in Frage stehen und zudem solche, die, wie Weideland für Schafherden, gar nicht gestört zu werden brauchen. Die Interessen der Vogellosebesitzer, die Einsamkeit brauchen, gehen mit den Interessen unserer Eingabe zusammen.“

Schon vor Kriegsausbruch ist eine solche motivierte Eingabe von Ferdinand Avenarius verfaßt und von einer großen Zahl Sylt-kennender Persönlichkeiten aus ganz Deutschland unterzeichnet worden. Wir nennen nur: Fritz Burger, Cornelius Gurtt, Carl und Gerhart Hauptmann, Ludwig Hoffmann, Siegfried Jacobsohn, Käthe Kollwitz, Max Liebermann, Hans Polzig, Richard Niemeijer, Paul Schulze-Naumburg, Fritz Schumacher, Doktor Schwindrasheim, Wilhelm Steinhilber, J. Stübgen, Ferdinand Tönnies, Hans Unger.

### Ausstellungen

Die Kunsthandlung Paul Cassirer, Viktoriastraße 35, zeigt eine schöne Gedächtnisausstellung für Eugen von Kahler, der 1911, kaum 40jährig, in Prag starb. Das Wesen seiner ganzen und gläubigen Bilder, unter denen ein leuchtendes Stilleben Kahlers malerische Berufung überzeugend beweist, hat sein Freund Kandinsky in einem Nachruf im „Blauen Reiter“ festgehalten: „Die zarte, träumerische, heitere Seele Kahlers mit etwas rein hebräischem Wellklang, der unstillbaren mystischen Trauer, hatte nur vor einem Angst: vor dem „Annohnen“. Und seine durch und durch vornehme Seele schien in unsere Tage nicht zu gehören. Es schien, daß diese Seele geheimnisvoll mit verborgenem Zweck aus den biblischen Zeiten in unsere Zeiten gelangt wurde. Es schien, daß eine gütige Hand sie wieder von unseren Zeiten befreien wollte.“

Kahlers Bilder sind ein Beweis, daß künstlerische Kraft nicht an die Verwendung starker Mittel geknüpft ist. Die Farben bei Kandinsky in Berlin, der in der Affektionsbuchhandlung, Kafferallee 222, eine Kollektion seiner Arbeiten ausstellt, sind wie seine Formen stark und voller Pathos. Aber die künstlerische Wirkung der Bilder ist es nicht. Das Bild ist eben etwas anderes als nur die Summe seiner Teile. Am freiesten von Geste sind einige Aquarelle, namentlich die „Schneelandschaft“, und manche Holzschnitte.

Von einer seltenen Sicherheit des Gefühls zeugen die Bilder und Postille, die Otto Nagel in der „Arbeiter-Kunst-

ausstellung“, Petersburger Straße 39, zeigt. Ich möchte auf diese Ausstellung mit besonderem Nachdruck hinweisen. Sie ist die beste Ausstellung, die Ernst Friedrich bisher gebracht hat und sollte, wie diese Einrichtung überhaupt, von den Genossen noch viel mehr beachtet und nach Möglichkeit unterstützt werden. Unter Kagerls Arbeiten, zumal unter den letzten Postillen, sind köstliche Beispiele eines ganz ursprünglichen reichen Kunstgefühls, das sich mit einer freudigen Ergriffenheit an die Welt schenkt, und es ist sehr gut, daß diese Arbeiten mehr und mehr Freunde unter den Klassenlosen finden. Sie sind ein wesentlich schönerer und echterer Schmuck des Wohnraumes, als die meist recht saden Bildchen, die die „Freie Deutsche Künstler-schaft“ als Wandschmuck in die Ausstellungszimmer des „Hausrat“ (Beschaffungsstelle von Möbeln für die minderbemittelte Bevölkerung), Königin-Augusta-Straße 21, gehängt hat.

Der Charakter der Hausrats-Einrichtung ist übrigens immer wieder recht unbefriedigend. Das alles ist doch neu-anthiquarischer Großvater-Hausrat — aber nicht unser Bedarf. Sollte es nicht wichtiger sein, ein Möbel zu schaffen, das zu uns paßt? Ich weise auf die Versuche des holländischen Möbelschöpfers Rietveld hin — vielleicht noch nicht ganz befriedigend, aber sehr wertvolle Versuche, ein Möbel zu bauen, das keine lastende Kostenmasse mehr ist, sondern ein leichtes, konstruktives, bewegliches Stück. (Das Wort Möbel kommt vom lateinischen Wort „mobilis“, das „beweglich“ bedeutet.) Einige recht vorzügliche, zaghafte und an sich selbst nicht glaubende Versuche farbiger Behandlung hat man in der Königin-Augusta-Straße gemacht. Aber das ist gar keine Farbe, sondern eine unsichere, dünne Tuscheart, die möglichst so tut, als sei sie gar nicht da. Ich glaube allerdings, daß diese Möbel kaum farbiger werden könnten — während die Rietveldschen der Farbe eine Funktion geben.

Außer Otto Nagel stellt in der Petersburger Straße noch Gasbarr einige Postillen aus, die unsere Aufmerksamkeit fesseln müssen, und Albert Schäfer einige recht talentvolle Aquarelle. Kurz und gut: der Besuch der Ausstellung bringt reichen Genuß.

Hinweisen möchte ich dann noch auf eine kleine Ausstellung im Buchladen des Graphischen Kabinetts, Kurfürstendamm 232. Da sind in musterghiltigen Wiedergaben der Maréesgesellschaft 10 Landschaftsaquarelle des jungen Albrecht Dürer zu sehen. Die Originale gehören der Bremer Kunsthalle und sind im großen Publikum, das ja überhaupt nur den Kupferstichkabinetten eine bedauerliche Schonung hat, so gut wie unbekannt. Dabei zeigen sie einen Dürer, der viele ganz bewundernswürdige Werke geschaffen hat. Diese letzten Landschaftsaquarelle sind von einer überraschenden Unmittelbarkeit. Man könnte sie ohne weiteres für Arbeiten des 19. Jahrhunderts halten, etwa aus der Zeit von Friedrich Wasmann, Runge, Kaspar David Friedrich.

Adolf Behne.



# Was will die Richtung Stegerwald?

Auf dem letzten Kongress der christlichen Gewerkschaften ritt Herr Stegerwald eine Attade gegen Strömungen im Zentrum, die ihm nicht gefielen, ohne indes genau erkennen zu lassen, gegen welche der vielfachen Auffassungen, die in dieser Partei unter dem Mantel der katholischen Weltanschauung beisammenwohnen, sein Angriff gerichtet war. Herr Stegerwald drohte mit der Gründung einer eigenen Partei und eines eigenen Organs. Harmlose Gemüter vermuteten damals, daß dieser Vorstoß den Zweck habe, die katholische Arbeiterschaft politisch fester zu organisieren, um innerhalb des Zentrums — oder gar neben ihm — eine besondere christliche Arbeiterpolitik treiben zu können. Vor dieser falschen Einschätzung des Herrn Stegerwald und seiner Freunde warnten wir schon damals.

Aus der eigenen Partei ist nichts geworden. Eine eigene Tageszeitung Stegerwalds aber ist unter dem Titel „Der Deutsche“ entstanden. Sie ist jetzt das Banner der Richtung Stegerwald und es zeigt sich nun auch deutlich, was Welches Ansehen Stegerwald und seine Leute sind, wogegen sich der von ihnen angekündigte Kampf richtet.

Herr Dr. Theodor Brauer, der ebenfalls zu den Referenten jenes christlichen Gewerkschaftskongresses gehörte, veröffentlicht jetzt in diesem Blatt einen Artikel über den „christlichen Sozialismus“ Erzbergers. Erzberger hat eine Broschüre geschrieben, die diesen christlichen Sozialismus als Weltprinzip behandelt.

Wir halten Herrn Erzberger nun keineswegs für einen Radikalen, gegen den sich eine gemäßigtere Richtung etwa mit besonderem Nachdruck wenden müßte. Um die Leute Stegerwalds gegen ihn aufzubringen, genügt es aber schon, daß sich Erzberger der fürchterlichen Verfehlung schuldig macht, die Errichtung von sogenannten Werksgenossenschaften zu fordern. Unternehmungen mit zwanzig und mehr Arbeitern sollen verpflichtet sein, den 6 Prozent des Anlagekapitals überschreitenden Betrag der Dividende zur Hälfte an die zur Werksgenossenschaft vereinigten Arbeitnehmer abzugeben. Das Ziel ist die Genossenschaft allmählich in den Besitz der Hälfte des gesamten Anlagekapitals zu bringen.

Unsere Stellung zu allen Experimenten, die die Arbeiterschaft durch „Gewinnbeteiligung“ in irgendeiner Form auf die Teilnahme des Kapitals locken sollen, ist bekannt. Wir weisen den Vorschlag Erzbergers jedenfalls genau so zurück, wie jede andere Form solcher Bauernfängerlei. Herrn Dr. Brauer aber erscheint selbst diese Harmlosigkeit außerordentlich gefährlich. Er wirft Erzberger vor, daß er sogar „in unbedachter Weise“ die „sozialistische Formel“, daß der Arbeiter fremde Arbeit verrichtet, annehme, obwohl gerade diese Formel „dem Klassenkampfgedanken die meiste Nahrung zugeführt“ habe.

Es stellt sich also heraus, daß die Männer Stegerwalds die sozialistische Ansehungsgefahr fürchten. Sie haben zu ein gewisses Recht, denn unmittelbar nach der Revolution, bis in die jüngste Zeit hinein, hat sich gezeigt, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in der Praxis oftmals die gleichen Wege gehen müssen, wie die Mitglieder der freien Gewerkschaften, und dadurch allmählich zu Kampfesforderungen kommen, die dem Kern und dem rechten Flügel des Zentrums außerordentlich unsympathisch sind. Um die Bekämpfung dieser Richtung handelt es sich bei den Unternehmungen Stegerwalds und seiner Freunde, und die neue Tageszeitung „Der Deutsche“ zeichnet sich denn auch — nicht nur in dem oben besprochenen Falle, sondern auch bei anderen Gelegenheiten — dadurch aus, daß sie jeden Versuch und jede auch noch so schwache Möglichkeit, die christlichen Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen, auf das heftigste bekämpft. Damit wirkt die Tätigkeit dieser Richtung auch auf politischem Gebiete reaktionär. Auch hier ist Erzberger keine Persönlichkeit, die wir etwa ihres Radikalismus wegen loben möchten. Aber er hat doch immerhin eine Steuerpolitik verjagt, die ihm den glühenden Haß der Besitzenden eingetragen hat. Und das will in Deutschland schon einiges bedeuten.

Hat etwa diese ganze Richtung den Stegerwald-Deuten nicht? Und leben sie ihre Aufgabe darin, ihren Einfluß im Zentrum zu bekämpfen? Dann wäre vielleicht — umgekehrt — die Frage erlaubt, welchen Einfluß die Gruppe um Stegerwald auf das Zentrum selbst und damit auf die gegenwärtige Reichsregierung und auf die Politik des Reichsfanzlers Birck hat. Es wäre von außerordentlicher Bedeutung für die

Zur religiösen Bedeutung des Marxismus. Ueber dieses Thema, das heute von großer Bedeutung geworden ist, hielt vor einigen Tagen Gen. Dr. Karl Rennicke in der „Gesellschaft religiöser Sozialisten“ einen fesselnden Vortrag, in dem er ausführte:

Marxens Haltung ist, im Gegensatz zu den idealistisch verneigenden Utopisten, positiv. Er war erfüllt von unerschütterlicher Sicherheit an die Sache, erfüllt von einer „tiefen, ursprünglichen Schau“ in alle die Dinge, die die Welt bedeuten. Er hatte den Mut zur Erkenntnis, daß das, was als „Religion“ in der heutigen Menschheit vorhanden ist, unweissam geblieben ist, also eigentlich keine Religion ist, sondern Lüge, ohne tiefbegründete Bedeutung, ohne wahren Gehalt. Marx hat nichts anderes getan, als ausgesprochen, daß es so ist. Darum sein Spott über die grandiose Häßlichkeit und Ohnmacht und Lüge der „Religion“. Die Menschen gehen mit der Religion im Munde durch die Gesellschaft, ohne sich klar zu sein, daß sie für die Einzelheiten dieses Gesellschaftslebens mit verantwortlich sind. Das, was Religion sein will: Leben aus dem Tiesten, aus „Gott“ heraus, ist aber nicht eine persönlich isolierte, idealistisch-religiöse, sondern eine gemeinschaftliche Angelegenheit, die gemeinschaftliche Verfassung des Menschen, das heißt die Bindung an das Ganze, das All des Lebens. Darum Verjahung der Formen des Lebens (wie Politik usw.), das nur deshalb so zerrütet ist, weil wir in der Epoche der Rache gegen die unwahre Scheinreligiosität stehen. Marxens echte religiöse Haltung zeigt sich in seinem Gegensatz zu den Utopisten in ihrer isolierten geistigen Haltung, in seiner tieferen entscheidenden Eingabe ohne Ausflucht an die Sache. Nicht durch Worte drückt er das aus, aber durch die wiederholt auftretende Anschauung, „daß es sich bei dem jetzigen Gang der Entwicklung um eine Frage von Leben und Tod handelt“. Alle theoretischen Ausführungen ruhen auf dieser Basis, — die keine Idee, sondern Wirklichkeit ist —: Wiedergewinnung der Kräfte der gesunden Menschheit!

Der Mangel solcher Religiosität in der auf Marx gegründeten sozialistischen Bewegung ist historisch verständlich; gerade die marxistische Einsicht läßt es als Hoheit erscheinen, von dem erkrankten Proletariat durch Belehrung geistige Besserung zu erwarten. Die Verwirklichung des Sozialismus ist nach Marx das langsame sich durchziehende Werk von Generationen. Diese tiefgehende Lebensbewegung ist der gesellschaftlich-wirtschaftlich notwendige Gang des Lebens selbst — kein Fatalismus oder Mechanismus, sondern verantwortungsvolles Schaffen unter ganz persönlicher Eingabe; in der glutvollen Ueberzeugung aller tief religiösen Menschen überhaupt: Alles kommt auf mich an!

Rennicke lehnt die Idealisierung des Klassenkampfes durch Ideologen ab. Klassenkampf ist Interessenbewegung, das ist Wirklichkeitsgang; aber aus ihm entsteht, auf Grund des tieferen Sinnes: Menschheitserfüllung, Menschheitserlösung. Pm.

Klärung der Situation, wenn die offiziellen Organe der Zentrumspartei der Dezentralität recht bald zu verstehen geben würden, wie es damit aussieht ist.

## Zugeständnisse in der Dieselmotorenfrage

### Verlängerung der Fristen

In der Dieselmotorenfrage hat die Pariser Votivkonferenz der deutschen Votivkonferenz in Paris eine Note übersandt, die folgendes feststellt:

1. Die Konferenz gewährt eine Verlängerung der der deutschen Regierung für den zu industriellen Zwecken erfolgenden Umbau der noch nicht umgebauten U-Boot-Dieselmotoren gegenseitig Frist bis zum 30. September 1921.

2. Aus dem am 30. März von der deutschen Marinefriedenskommission an die Interalliierte Marine-Ueberwachungskommission gerichteten Schreiben geht hervor, daß eine solche Frist reichlich genügt, um diesen Umbau vorzunehmen; jedenfalls ist dem Vorstehenden der Interalliierten Marine-Ueberwachungskommission über den Stand des Fortgangs der Arbeiten zum 30. September 1921 zu berichten.

3. Bei Gewährung dieses Zugeständnisses bedingt die Kommission sich aus, daß die deutsche Regierung keine Mißheute darf, um die Umbauarbeiten in dem festgesetzten Zeitraum zu beenden.

4. Die umgebauten Maschinen sind unter den von der Interalliierten Marine-Ueberwachungskommission als bedingend erachteten Bedingungen einzubauen. Diese Bedingungen findet naturgemäß auch auf die vier schon umgebauten Maschinen Anwendung, welche unter Bedingungen eingebaut sind, die die Interalliierte Kommission für unzureichend erachtet hat.

5. Alle diejenigen Teile der Maschine, welche zu beseitigen sind, um den Umbau zu ermöglichen, sind als Kriegsmaterial anzusehen; als solches müssen sie unter der Kontrolle der Interalliierten Kommission zerstört werden.

6. Die Konferenz hat andererseits festgestellt, daß 88 Maschinen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrags exportiert worden sind; sie behält sich vor, die Verhältnisse der deutschen Delegation eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Konferenz gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung alles in ihren Kräften stehende tun wird, um die Ausführung von Entscheidungen zu erleichtern, deren liberaler Charakter nicht verkannt werden sollte.

## Das Nationalitätenproblem in der Tschechoslowakei

### Die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten

Mit dem Zusammenbruch des Nationalitätenstaates Oesterreich-Ungarn und der Bildung neuer Staaten ist der Nationalitätenstreit keineswegs erloschen. Fast dieselben Fehden wie in der alten Monarchie spielen sich jetzt in dem engeren Rahmen der neuen Nationalstaaten ab. In Südslawien sind es die Kroaten und die Montenegriner, die den herrschenden Serben feindlich gegenüberstehen, in der Tschechoslowakei die Deutschen und die Slowenen, die mit den herrschenden Tschechen in kein gemeinschaftliches Verhältnis kommen. Und diese Nationalitätenkonflikte beschränken sich keineswegs auf das Bürgerium. Sie hindern auch das Zusammenarbeiten zwischen den Arbeiterparteien.

Waren schon im alten Oesterreich die tschechischen Sozialdemokraten ausgesprochene Separatisten, die ihre nationalen Ziele den internationalen voranstellten, so scheint sich trotz des Sieges des tschechischen nationalen Bewusstseins darin nicht viel geändert zu haben. Der Landesauschuss der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei steht sich gezwungen, in einer öffentlichen Erklärung darauf hinzuweisen, daß die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in den großen politischen Fragen bisher unmöglich gewesen sei. Zu den in der ganzen Welt bestehenden Schwierigkeiten in der Arbeiterbewegung gefügt sich in der tschechoslowakischen Republik das ungelöste Nationalitätenproblem. Bei der Gründung die-

Der Entdecker des Antipyrins gestorben. In Jena ist, über 60 Jahre alt, Prof. Ludwig Knorr, der Leiter des chemischen Universitäts-Laboratoriums, gestorben. Er fand hier beim Studium der Pyrazolverbindungen das Antipyrin, das zu einem legendarischen Mittel besonders gegen Fieber geworden ist. Die Entdeckung des Antipyrins führte zum Pyrazin. Auch die Morphiumzusammensetzungen hat der Verstorbene erfolgreich untersucht.

Ein Gang durch das Reichswirtschaftsmuseum. Das neue Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig stellt eine einzigartige Sammlung dar, die in anschaulicher, allgemein verständlicher Weise eine Darstellung der deutschen Volkswirtschaft auf allen wichtigen Gebieten vermittelt. Wie Prof. H. Großmann in einem Aufsatz von „Reclams Unterium“ hervorhebt, sind in der Aufstellung der einzelnen Gegenstände und in der überblicklichen Anordnung ganz neue Wege eingeschlagen. Der Leiter des Museums, Major a. D. Hefner, wurde in dieser Arbeit nicht nur von hervorragenden Wissenschaftlern, sondern auch von Praktikern der Industrie und Kaufmannschaft unterstützt. So hat z. B. die Kupferhämmer bauende Gewerkschaft zu Mansfeld eine überaus wertvolle Darstellung ihres vielseitigen Betriebes gegeben, und auch in anderen Abteilungen wird der Wert der verschiedenen Fabrikationsmethoden technologisch und wissenschaftlich in Bildern festgehalten. Ueberhaupt ist auf die Verwendung der graphischen Darstellungsmethoden der größte Wert gelegt. Die großen Wandlungen, die sich in der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren vollzogen haben, können nicht besser und klarer zum Bewußtsein gebracht werden als in dem Museum. Da das neue Institut aus dem Reichswirtschaftsmuseum hervorgegangen ist, treten vielfach die Bestrebungen der deutschen Technik hervor, Deutschlands Bedarf durch eigene Produktion zu decken. Neben der Schausammlung, deren stets wechselnde Bilder sich bei einem Gang durch das Museum in interessanter Buntheit offenbaren, ist auch der Ausbau einer Studienausstellung geplant, die die Grundlage für wissenschaftliche Untersuchungen und Forschungen bilden soll. Das neue Museum wendet sich an die Jugend des ganzen Volkes, um dem technisch-wirtschaftlichen Denken neue Anhänger zu werden. Mündliche Erläuterungen in Vorträgen und Führungen werden die durch die Anschauung gewonnenen Eindrücke beleben und erweitern — Aufgabe des Museums wird es aber sein, auch der Arbeitererschaft in weitestem Maße Gelegenheit zu geben, den Inhalt des Museums kennenzulernen. Führungen von auswärtigen Betrieben, Volkshochschulen usw. müßten jede Erleichterung gewährt werden, nicht nur vom Museum, auch von der Eisenbahn.

Eine Prüfungsausschuss für angehende Schauspieler ist laut Beschluß der Frankfurter Delegiertenversammlung der Bühnengewerkschaft eingesetzt worden. Nach dem „Berliner Tageblatt“ wird die erste Prüfung in den nächsten Tagen stattfinden. Als Kommissionsmitglieder für das Schauspiel sind Ilka Düring, Ilka Gräning, Lucie Hößlich, Paul Bildt, Ferdinand Gregori, Emil Lind und Paul Wegener beauftragt worden. Ferner gibt es Prüfungskommissionen für Oper und Operette.

des Staates hätten die tschechischen Sozialdemokraten an der Schaffung jener Gesetze mitgewirkt, die auf dem Prinzip aufgebaut seien, die nichttschechischen Völker zugunsten der herrschenden Nation zu entrechten und zu vergewaltigen. Die geschichtliche Aufgabe der tschechischen sozialdemokratischen Parteien wäre es heute noch, dem sozialistischen Grundgedanken der nationalen Gleichberechtigung und der nationalen Autonomie zum Durchbruch zu verhelfen. Ihre gesamte Tätigkeit laufe jedoch diesem Grundgedanken zuwider. Die deutsche sozialdemokratische Partei verteidige ebenso wie im ehemaligen Oesterreich den Gedanken der nationalen Selbstverwaltung aller Völker. Daß sie hierbei die Unterstützung der tschechischen Sozialdemokratie nicht finde, sei eine der Ursachen, weshalb die internationale proletarische Einheitsfront nicht zustande komme. Trotzdem gebe die Partei die Hoffnung nicht auf und sei bereit, mit der tschechischen Klassenbewußten Arbeiterschaft nach den sozialistischen Grundgedanken für die nationale Verständigung und für die Erfüllung der wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen zu wirken.

Soweit die Erklärung der deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei. Es hat sich also nicht viel geändert. Früher wurden die Tschechen durch die Habsburger gedrückt, und heute sind sie auf dem besten Wege, sich aus den erbittertesten Feinden Habsburgs zu seinen gelehrigsten Schülern zu entwickeln. Einer sozialistischen Partei aber ist es unwürdig, auch nach Erringung des nationalen Zieles die internationalen sozialistischen Pflichten weiter zu vernachlässigen. Wenn die internationale Solidarität der Arbeiterklasse nicht einmal innerhalb der Staatsgrenzen zu verwirklichen versucht wird, dann müssen alle großen Ziele des internationalen Sozialismus als Farce erscheinen.

Wiederaufnahme der Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik. Die Verhandlungen zwischen den Delegierten der Bergwerksbesitzer und der Bergleute, sind heute, Montag, um 12 Uhr wieder aufgenommen worden.

Ungarn beantragt die Zulassung zum Völkerbund. Die ungarische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Berlin beim Sekretariat des Völkerbundes den förmlichen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund gestellt, so daß er noch auf die Tagesordnung der Generalversammlung im September gesetzt wird.

## Groß-Berlin

### Eine Unsitte

Die Kirchzeit hat begonnen. Mit ihr ist auch die alte, offenbar unausrottbare Unsitte wieder ausgebrochen, die Kirchen, eben vom Wagen gelaufen, mit allem Straßenstaub usw. ungewaschen zu verkehren, die Kerne aber auf die Straße, meistens auf den Bürgersteig, zu spielen. Da bittet uns ein Kriegsbeschädigter, darauf hinzuweisen, daß den Beinamputierten, die mit ihren künstlichen Gliedern ohnehin schlecht auf den Beinen sind und sehr vorsichtig gehen müssen, das Leben durch diese Unsitte noch mehr erschwert wird. Leicht kann die Nachlässigkeit für die Schwerbeschädigten mit künstlichen Beinen durch Sturz usw. schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Unter Umständen kann der Beschädigte zu seiner ohnehin nicht leichten Verwundung noch weiteren Schaden in der Gesundheit erleiden, weil ein anderer Mitbürger unbedacht Obstkerne achtlos fortgeworfen hat.

### Änderung Berliner Straßennamen

Ein Antrag, der den Magistrat ersucht, schnellstens eine Änderung der Namen solcher Straßen und Plätze vorzunehmen, deren Bezeichnungen an das alte militaristische monarchistische System erinnern, beschickte den zu seiner Vorberatung eingesetzten Stadtverordneten-Ausschuss. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß der Antrag lediglich von politischen Gesichtspunkten ausgehe, wünschenswert sei dagegen aus praktischen Gründen die Beseitigung der Doppelnamen von Straßen im neuen Berlin. Zu der letzten Frage führte Stadtbaurat Hahn als Vertreter der zuständigen Tiefbauverwaltung aus, daß das Verlangen nach Beseitigung dieser Doppelnamen schon seit Jahren bestünde. Nach der Schaffung der neuen Stadtgemeinde Berlin ließe sich damit zu rechnen, daß Doppelnamen in 200 bis 250 Fällen, zum Teil zwölf- bis sechszehnfach, vorkommen. Von einigen Bezirken lägen schon Anträge auf Änderung von Straßennamen vor. Die Kosten der Änderung eines Straßennamens seien auf mindestens 10 000 Mark zu schätzen; bei 200 bis 250 Fällen würden sich insgesamt 2 bis 2½ Millionen allein für die Änderung der Straßenschilder ergeben. Die völlige Umbenennung würde mindestens 3 Jahre dauern. Von verschiedenen bürgerlichen Rednern wurde nicht nur der politische Zweck des Antrages lebhaft bekämpft, sondern auch unter Hinweis auf die häufigen Doppelstraßennamen in London und Paris und auf die mit den Änderungen verbundenen Kosten gegen die Beseitigung der Doppelnamen Stellung genommen. Es müßten auch noch die Unkosten der Geschäftsleute in Betracht gezogen werden. — Der inzwischen geänderte kommunistische Antrag wurde abgelehnt, dagegen ein von sozialdemokratischer Seite eingebrachter Antrag mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit angenommen, worin der Magistrat ersucht wird, beim Polizeipräsident die Umbenennung derjenigen Straßen und Plätze zu beantragen, die a) mehrfach vorkommen und zu Verwechslungen Anlaß geben können, b) die ohne historische Interesse sind und nur aus dynastisch-byzantinischen Rücksichten gewählt worden sind.

### Unter falscher Flagge

In der öffentlichen Versammlung unserer Partei am letzten Freitag in der Grefswalder Straße trat ein Diskussionsredner auf, der sich in seiner Rede als Mitglied der Partei ausgab, dann aber in bekannter Weise gegen die Führer im allgemeinen und die U. S. P.-Führer im besonderen lossetzte. Durch Erfahrungen vorzeitig geworden, nahm die Versammlungsleitung Gelegenheit, sich diesen Mann näher anzusehen. Dabei stellte es sich denn auch heraus, daß er nicht bei uns Mitglied ist, sondern er behauptete parteilos zu sein.

Wir haben allen Grund, auch diesen Angaben zu misstrauen. Ans scheint es viel eher, daß es sich hier um ein Mandat gegnerischer Parteien handelt, daß sich wieder steigende Vertrauen der Arbeiter, die durch alle anderen Parteien enttäuscht sind, zu erschüttern. Unsere Genossen werden gut tun, in allen Fällen, in denen sich ähnliche Elemente zeigen, diese sofort festzustellen und unserer Parteileitung Mitteilung zu machen.

Im Verwaltungsbereich 8 (Spandau) wurden in den letzten zwei Wochen drei Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung abgehalten. In der ersten Sitzung fand eine Aussprache über die Straßenbahnverhältnisse in Spandau statt, die eine kolossale Verschlechterung erfahren haben und den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen. Genosse Dahle rechnete bei dieser Gelegenheit scharf mit den bürgerlichen Parteien ab. Eine weitere Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien nahmen ebenfalls die Genossen Reichert und Dahle vor bei einigen Anträgen, welche die Schule betrafen, hierbei kam es mehrfach zu erregten Zusammenstößen. — In den beiden letzten Sitzungen wurde der Etat beraten,

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk**  
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.**



